

36. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 12.01.2017

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Kipp Lothar		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Sabine Fister Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Edith Michal Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner Johann Zehetmair		
	Gisela Fischer Simone Guist Udo Guist Betina Mäusel Philipp Schwarz	

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Fischer, Frau Guist, Herr Guist, Frau Mäusel sowie Herr Schwarz.

Zu Beginn der Sitzung gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Dr. Ernstberger, Herrn Ilmberger, Frau Mörike sowie Frau Schödl nachträglich recht herzlich zum Geburtstag. Da Frau Schödl einen runden Geburtstag feiern konnte, überreicht der Vorsitzende ein kleines Präsent sowie Blumen.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

500 20 Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

501 20 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

502 20 **Antrag der PG Münchner Str. GmbH zur Aufstellung eines
vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49d/17, Oktavian an der
Münchner Straße 12, 14 und 16; Aufstellungsbeschluss**

Der Bürgermeister bringt den Antrag vom 22.12.2016 (Eingang am 23.12.2016 bei der Gemeinde) der PG Münchner Str. GmbH, Grünwald, mit folgendem Inhalt zur Kenntnis:

„Bezug nehmend auf den Beschluss des Bauausschusses vom 13.12.2016, mit dem dieser unter anderem festgestellt hat, dass eine bauliche Änderung der drei Bürogebäude auf unseren Grundstücken (Flurnummern 1189/108, 1189/109 und 1189/40), wie in der Konzeptstudie des Büros „steidle architekten“ vom 15.11.2016 dargestellt, nicht im Befreiungsweg möglich ist, sondern der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans bedarf, stellen wir hiermit folgenden Antrag:

Die Gemeinde Unterföhring stellt für die Grundstücke Flurnummern 1189/108, 1189/109 und 1189/40 der Gemarkung Unterföhring einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Münchner Straße 12-16 - Oktavian“ auf. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ersetzt in seinem Geltungsbereich den bestehenden Bebauungsplan Nr. 49/87 und hat die Zielsetzung, das Vorhaben, das in der diesem Antragsschreiben beigefügter Konzeptstudie mit ergänzenden Plänen für das Staffelgeschoss dargestellt ist, planungsrechtlich zu ermöglichen. Das Vorhaben ist mit der Gemeinde grundsätzlich vorabgestimmt.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um den Gebäudebestand ohne die aus der Oktagonform heraustretenden Anbauten und mit einem Staffelgeschoss anstelle des heutigen Dachgeschosses mit Dachtechnikaufbauten. Das Staffelgeschoss wird dabei zur Vermeidung einer Vorbildwirkung für Dritte so weit zurückgesetzt, dass seine Grundfläche insgesamt etwas weniger als zwei Drittel der Grundfläche des darunter liegenden Geschosses beträgt. Es handelt sich zudem um eine Änderung der Nutzung der Gebäude auf den Grundstücken Flurnummern 1189/109 und 1189/40. Dort soll ein Boardinghausbetrieb bestehend aus zwei durch einen Gang miteinander verbundenen Bauteilen in Form eines Beherbergungsbetriebs entstehen, mit insgesamt max. 850 Betten. Das Gebäude auf dem Grundstück Fl.Nr. 1189/109 soll zudem erdgeschossig eine öffentlich zugängliche Gastronomie erhalten.

Das Gebäude auf dem Grundstück Fl.Nr. 1189/108 soll ein Bürogebäude bleiben. Für die Zukunft sollen dort neben einer Büronutzung auf bis zu max. 50 % der Fläche auch die Büronutzung ergänzende Nutzungen möglich sein, wie z.B. Dienstleistungsangebote (Arztpraxen, Röntgenzentrum, Physiotherapie, Rehazentrum etc.), nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe in dem Umfang, wie diese keine Agglomeration bilden, gewerblich betriebene Sporteinrichtungen (z.B. Fitnessstudio, Yogazentrum, Pilates-Studio etc.) und Konferenzräumlichkeiten. Um eine Konfliktsituation mit dem östlich an die Grundstücke Fl.Nrn. 1189/108, 1189/109 und 1189/40 angrenzendes Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel zu vermeiden, werden Maßnahmen zum passiven Schallschutz an den Fassaden vorgesehen.“

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Das Antragsschreiben vom 22.12.2016 der PG Münchner Str. GmbH, Grünwald, und die entsprechenden Unterlagen wurden dem Gremium zugestellt.

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Bau-Verkehrs-und Grundstücksausschusses vom 13.12.2016, Nr. 339, zur Kenntnis in dem Folgendes beschlossen wurde:

Der Antrag der PG Münchner Str. GmbH (Umfirmierung, ehemals Grundkontor Projekt GmbH) zur Nutzungsänderung von Büro- und Verwaltungsflächen in eine gewerbliche Beherbergungsstätte „Boardinghaus“ für die beiden Gebäude an der Münchner Straße 12 und 14, Fl. Nrn. 1189/40 und 1189/109 (Gebäude an der Münchner Straße 16, Fl. Nr. 1189/108 bleibt die Nutzung als Bürogebäude bestehen) vom 28.10.2016, 15.11.2016, 30.11.2016 und 05.12.2016, wird wie folgt beantwortet:

- Seitens der Gemeinde Unterföhring wird darauf hingewiesen, dass die beantragten Befreiungen die Grundzüge der Planung tangieren und über ein Bauleitverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zu behandeln sind.
- Der beantragten bzw. geplanten Nutzungsänderung von Büronutzung in eine Boardinghausnutzung kann dem Grunde nach befürwortet werden. Dabei sind der Schallschutz und nachbarrechtliche Belange zwingend zu berücksichtigen.
- Die verkehrlichen Auswirkungen der vorgelegten Nutzungsänderung sind aufzuzeigen. Die verkehrliche Leistungsfähigkeit der Feringastrasse und der Münchner Straße muss zwingend gewährleistet sein.
- Bezüglich des geplanten Boardinghauses im Bauteil B (Fl. Nr. 1189/109) und Bauteil C (Fl. Nr. 1189/40) mit insgesamt 576 Zimmern und 835 Betten ist eine Auswirkungsanalyse für Beherbergungsbetriebe in Unterföhring und der Landeshauptstadt München zu erstellen. Sofern negative Auswirkungen vorliegen sind diese entsprechend zu beheben.
- Es ist eine städtebauliche Vereinbarung zur Sicherung der beantragten Nutzung, Bauteil B und C als Boardinghaus wie beantragt mit einer maximalen Verweildauer von 1 Monat sowie der unveränderten Nutzung des Bauteil A (Fl. Nr. 1189/108) als Büronutzung abzuschließen und grundbuchrechtlich zu sichern.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Entwurf eines städtebaulichen Vertrages vorliegt, mit dem die PG Münchner Str. GmbH, Grünwald, gegenüber der Gemeinde die Übernahme der Planungskosten (unterschrieben am 22.12.2016 von der PG Münchner Str. GmbH, Grünwald) zugesagt hat.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass im rechtsgültigen Bebauungsplan Nr. 49/87 (Feringastrasse) u.a. bis zu 2,0 GFZ, 0,6 GRZ, 18 m Traufhöhen und fünf Vollgeschosse festgesetzt sind.
Diese Festsetzungen sind wesentliche Punkte des Antrages der PG Münchner Str. GmbH, Grünwald

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 18 : 2

Dem Antrag der PG Münchner Str. GmbH, Grünwald, vom 22.12.2016 zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Nutzungsänderung von Büro- und Verwaltungsflächen in eine gewerbliche Beherbergungsstätte „Boardinghaus“ für die beiden Gebäude an der Münchner Straße 12 und 14, Fl. Nrn. 1189/40 und 1189/109 sowie dem Gebäude Münchner Straße 16 Fl.Nr. 1189/108, das weiterhin als ein Bürogebäude genutzt werden soll, wird nur mit folgenden Maßgaben zugestimmt:

- Der beantragten bzw. geplanten Nutzungsänderung von Büronutzung in eine Boardinghausnutzung kann dem Grunde nach befürwortet werden. Dabei sind der Schallschutz und nachbarrechtliche Belange zwingend zu berücksichtigen und entsprechend zu sichern.
- Die verkehrlichen Auswirkungen der vorgelegten Nutzungsänderung sind aufzuzeigen. Die verkehrliche Leistungsfähigkeit der Feringastrasse und der Münchner Straße muss zwingend gewährleistet sein.
- Bezüglich des geplanten Boardinghauses im Bauteil B (Fl. Nr.1189/109) und Bauteil C (Fl. Nr. 1189/40) mit insgesamt 576 Zimmern und maximal 850 Betten ist eine Auswirkungsanalyse für Beherbergungsbetriebe in Unterföhring und der Landeshauptstadt München zu erstellen. Sofern negative Auswirkungen vorliegen sind diese entsprechend zu beheben.
- Es ist eine GFZ von 1,75, wie beantragt (einschließlich dem Dachgeschoss als Staffelgeschoss), festzusetzen.
- Es ist eine GRZ von maximal 0,9 festzusetzen.
- Es ist eine Traufhöhe von 18,21m und eine Firsthöhe (bisher 21,30m) auf maximal 21,55m (bzgl. Attika Staffelgeschoss), wie beantragt festzusetzen.
- Es ist zu den bisher festgesetzten 5 Vollgeschossen jeweils ein Staffelgeschoss, das gem. BayBO ein „Vollgeschoss“ und somit das 6. Vollgeschoss bildet, festzusetzen. Dabei hat das jeweilige Staffelgeschoss von der äußeren bestehenden Gebäudekante um 3,18m zurückzuspringen und von der inneren bestehenden Gebäudekante um 1,14m zurückzuspringen.
- Die Baugrenzen sind entsprechend der eingereichten Planung festzusetzen (Hinweis: Änderung der Baugrenzen im Westen, Osten und Süden des aktuell rechtsgültigen BPL Nr.49/87 Feringastrasse).
- Die Höhenlage der Gebäude wird gemäß der vorgelegten Planung bzgl. der Rohdeckenoberkante für Büro auf h=,95m und die vorhandenen Abgrabungen aller Seiten (innen und außen) festgesetzt
- Die Grundstückszufahrt von der Feringastrasse aus ist wie beantragt mit 15,40m (Hinweis:Festsetzung im aktuell rechtsgültigen BPL Nr.49/87 Feringastrasse 1x10 m oder 2x5m) festzusetzen
- Es ist die derzeit gültige Stellplatzsatzung der Gemeinde Unterföhring (u.a. für zwei Betten ein KFZ-Stellplatz und für Büronutzungen je 35 m²

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Bürofläche ein Stellplatz) anzuwenden und die erforderlichen Stellplätze konkret nachzuweisen.
- Eine ansprechende ortsbildgestalterische Freianlagenplanung ist zu berücksichtigen und im Rahmen der Grünordnungsplanung umzusetzen. Dabei sind die bestehenden Zufahrten, Stellplätze bestehenden Zufahrten und Nebenanlagen gem. vorgelegter Planung zu berücksichtigen.
 - Es ist eine städtebauliche Vereinbarung zur Sicherung der beantragten Nutzung für Bauteil B (Fl. Nr. 1189/109) und Bauteil C (Fl. Nr. 1189/40) als Boardinghaus wie beantragt mit einer maximalen Verweildauer von 1 Monat sowie der Nutzung des Bauteil A (Fl. Nr. 1189/108) als Büronutzung und maximal 50% der Büroflächen mit ergänzenden Nutzungen, wie z.B. Dienstleistungsangebote (Arztpraxen, Röntgenzentrum, Physiotherapie, Rehazentrum etc.), nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe in dem Umfang, wie diese keine Agglomeration bilden, gewerblich betriebene Sporteinrichtungen (z.B. Fitnessstudio, Yogazentrum, Pilates-Studio etc.) und Konferenzräumlichkeiten, abzuschließen und grundbuchrechtlich zu sichern.
 - Neben einer Büronutzung für das Gebäude A (Fl.Nr. 1189/108) können bis zu max. 50 % der Fläche auch die Büronutzung ergänzende Nutzungen möglich sein, wie z.B. Dienstleistungsangebote (Arztpraxen, Röntgenzentrum, Physiotherapie, Rehazentrum etc.), nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe in dem Umfang, wie diese keine Agglomeration bilden, gewerblich betriebene Sporteinrichtungen (z.B. Fitnessstudio, Yogazentrum, Pilates-Studio etc.) und Konferenzräumlichkeiten. Diese Ergänzungen sind im vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit konkreten Flächenangaben mit aufzunehmen.
 - Die PG Münchner Str. GmbH, Grünwald, trägt sämtliche Kosten, die der Gemeinde Unterföhring für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, (z.B. Kosten für die Planfertigung Bebauungsplanaufstellung und Landschaftsplanung, die Kosten für etwaige Gutachten, Rechtsanwaltskosten sowie Notar- und Gerichtskosten) soweit entstehenden Kosten.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 47d/17 Oktavian an der Münchner Straße 12,14 und 16 Es ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB aufzustellen. Zur Realisierung der geplanten Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit der PG Münchner Str. GmbH, Grünwald, abzuschließen. Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitverfahrens, Bebauungsplan, sowie ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des städtebaulichen Vertrages zu beauftragen.

AZ 6100
Bauamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

503 20 **Ortsrecht; Neuerlass der "Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen sowie für damit in Zusammenhang stehende Amtshandlungen (Friedhofsgebührensatzung - FriedhofsGebS)"**

Die Gemeinde Unterföhring hat mit Wirkung vom 24.07.2013 eine Friedhofsgebührensatzung erlassen, die bis dato bestandskräftig ist.

Die Friedhöfe der Gemeinde Unterföhring (Parkfriedhof und alter Gemeindefriedhof) stellen jeweils eine öffentliche Einrichtung dar. Nach Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) soll für die Nutzung von öffentlichen Einrichtungen Abgaben in Form von Benutzungsgebühren erhoben werden. Die Abgaben werden auf Grund einer besonderen Abgabesatzung erhoben (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 KAG), die von der Gemeinde zu erlassen ist.

In der Verwaltungspraxis erwies sich die bisherige Friedhofsgebührensatzung als geeignetes Instrument und Regelungsgrundlage. Das Landratsamt München hat der Gemeinde Unterföhring jedoch in einzelnen Punkten der geltenden Satzung anderweitige Formulierungen empfohlen, die einen Neuerlass und inhaltliche Anpassung der Satzung notwendig machen.

Die Verwaltung hat daher einen (Satzungs-) Entwurf (Stand 10.01.2017) erarbeitet. Dieser, sowie eine Synopse, die einen Vergleich der aktuellen Fassung zum Satzungsentwurf aufzeigt, sind im Vorfeld der heutigen Sitzung dem Gremium zugegangen. Der Entwurf wurde im Vorfeld mit der Rechtsaufsicht (Landratsamt München) abgestimmt.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf (Stand 10.01.2017) der Friedhofsgebührensatzung zur Kenntnis und beschließt diesen vollumfänglich.

Die Friedhofsgebührensatzung (Stand 10.01.2017) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

Die Satzung ist auszufertigen und tritt am 01.02.2017 in Kraft.

AZ 0280
Hauptamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

504 20 **Park + Ride-Anlage am S-Bahnhof; Anhebung der Parkentgelte**

Der Bürgermeister gibt die E-Mailschreiben der P+R Park & Ride GmbH, München, vom 22.11.2016 und 13.12.2016 bezüglich der Preisanpassung in Preisstufe 1 bekannt.

In der Kuratoriums- und Gesellschafterversammlung am 06.12.2016 wurde für die Preisstufe 1 - die auch für die P+R Anlage Unterföhring gültig ist - vorgeschlagen,

- ☐ die P+R Zehnerkarte von derzeit 8,00 EUR auf 9,50 EUR und
- ☐ die P+R Monatskarte von derzeit 9,50 EUR auf 11,00 EUR anzuheben.
- ☐ Damit erhöht sich zugleich für die P+R Jahreskarte der Preis von 95,00 EUR auf 110,00 EUR.
- ☐ Der Preis der P+R Tageskarte bleibt unverändert bei 1,00 EUR.

Die P+R Parkpreise sind in der Preisstufe 1 seit Juli 2013 unverändert, so dass diese Anpassung vor dem Hintergrund des allgemeinen Kostendrucks nach der Auffassung der P+R Park & Ride GmbH unumgänglich ist. Bei der Zehnerkarte wird dadurch zugleich die funktionsgerechte Vergleichbarkeit mit der Rabattierung der MVV-Streifenkarte im Verhältnis zum MVV-Einzelfahrschein sichergestellt.

Die Anpassung der P+R Parkpreise auf den P+R Anlagen im Stadtgebiet München bedarf der Zustimmung des Stadtrats der Landeshauptstadt München. Die Befassung ist im Frühjahr 2017 vorgesehen, eine Umsetzung der neuen Preise könnte dann ab 01.06.2017 erfolgen.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Preisanpassung in Preisstufe 1 ab 01.06.2017 wie folgt zu:

- ☐ Die P+R Zehnerkarte von derzeit 8,00 EUR auf 9,50 EUR und
- ☐ die P+R Monatskarte von derzeit 9,50 EUR auf 11,00 EUR anzuheben.
- ☐ Damit erhöht sich zugleich für die P+R Jahreskarte der Preis von 95,00 EUR auf 110,00 EUR.
- ☐ Der Preis der P+R Tageskarte bleibt unverändert bei 1,00 EUR.

AZ 6100
Bauamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

505	20	<u>Überplanung der gemeindlichen Grünflächen in Teilbereichen der Isarau; Sachstand und weiteres Vorgehen</u>
-----	----	--

Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Umwelt- und Energieausschusses vom 06.05.2015, Nr. 4, vom 25.02.2016, Nr. 9, und vom 20.09.2016, Nr. 15, in Erinnerung. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit einem geeigneten Planungsbüro alternative Bepflanzungsvarianten (u. a. Obstbäume) für folgende Bereiche der Isarau zu erarbeiten:

Spielplatz Isarau + Umgriff

Schlittenberg

Fußweg zur Bergstraße mit Hang

Fußweg zum Mittleren Isarkanal

Das Ergebnis ist dem Ausschuss sowie den Anwohnern bei einem gemeinsamen Ortstermin zu präsentieren.

Mit der Umsetzung des Beschlusses wurde das Ingenieurbüro Tietz & Partner mit Schreiben vom 27.11.2015 beauftragt und ein erster Entwurf dem Umwelt- und Energieausschusses am 25.02.2016 sowie interessierten Bürgern bei einem gemeinsamen Ortstermin am 11.06.2016 vorgestellt und durch die planende Landschaftsarchitektin, Frau Waubke, mit folgenden wesentlichen Inhalten erläutert:

- (1) Pflanzung von Obstbäumen (Wildapfel, Steinobst und Wildbirne) auf der Wiese südlich des Schlittenberges.
- (2) Am südlichen Waldrand des Schlittenberges Herausnahme des 3 bis 5 m breiten Hochstaudensaumes einschließlich der Jungfichten. Gehölze teils roden, teils schreddern. Das Material bleibt teilweise vor Ort. Bei Einzelbäumen das Astwerk zurücknehmen bzw. aufasten. Anschließend ca. 50 cm Bodenauftrag und Pflanzung standortgerechter Strauch- und Waldrandgehölze. Regelmäßige Springkrautbekämpfung.
- (3) An der Kuppe des Schlittenberges Freilegen eines 3 – 4 m breiten Saumes und Entnahme der Fichten. Bodenausgleich +/- 60 cm; das Marterl freilegen und erneut setzen; Pflanzung einer Rotbuche mit einer halbrunden Sitzbank (Aussicht und Ablagemöglichkeit für die Schlittenfahrer). An der Steilkante am Waldrand Bodenauftrag und Pflanzung eines 2 m breiten Saumes mit schattenverträglichen Gehölzen wie z.B. Liguster, Eibe und Buche. An der Steilkante zur Absicherung einen Zaun anbringen.
- (4) Am Gehölzsaum des nördlichen Hangfußes Haselnusssträucher auf Stock setzen und einen 2 – 3 m breiten Hochstaudensaum mit Gehölzen roden, schreddern und teilweise entsorgen. Bodenauftrag bis zu ca. 50 cm und Pflanzung standortgerechter Strauchgehölze; 5-jährige Entwicklungspflege. Entfernung der kranken Fichte am Straßenrand.
- (5) Am Fußweg zum Containerplatz Entwicklungspflege der auenartigen Gehölzsukzession; Entnahme der aufgeforsteten Nadelgehölze und Jungbäume und Förderung der Auenvegetation; 5-jährige Entwicklungspflege.

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

(6) Am Baumpark südöstlich der Kanalstraße die Rasengittersteine belassen; im Anschluss an diese Randzone auf einer Breite von ca. 2 m 20 cm Oberboden auftragen und mit Waldstauden und Gräsern bepflanzen. Die freiliegenden Baumwurzeln mit 15 – 20 cm Roh- bzw. Oberboden überdecken; Planie per Handarbeit und Einsaat mit Waldwiesensaat; 5-jährige Entwicklungspflege.

(7) Der öffentliche Spielplatz im Baumpark enthält nicht mehr zeitgemäße Spielgeräte und wird selten benutzt. Sollte der Spielplatz beibehalten werden, dann sollte eine Altersanalyse der Zielgruppe durchgeführt werden und die Geräte den Nutzern angepasst werden (z.B. Kletterfelsen etc.). Sollte der Spielplatz mangels Nutzung aufgelöst werden, dann können Sitzgelegenheiten angelegt werden um einen Treffpunkt für Wanderer und Spaziergänger beizubehalten.

Der Vorentwurf des planenden Büro Tietz & Partner vom 18.01.2016 sowie ein Umgestaltungsvorschlag für den Spielplatz Kanalstraße des Büro Tietz & Partner GmbH vom 20.07.2016 wurde den Mitgliedern des Umwelt- und Energieausschusses zur Sitzung am 20.09.2016 zugestellt.

Durch die Verwaltung wurde eine Abfrage der Altersstruktur in der Umgebung sowie der angrenzenden Kinderbetreuungseinrichtungen mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

	0 – 3 Jahre	3 bis 6 Jahre	6 bis 12 Jahre
Kanalstraße	10	12	11
Isaraustraße	5	4	12
Isarweg	6	12	18
Summe	21	28	31

Seitens Kinderpark Pfarrvilla als nächstgelegene Kinderbetreuungseinrichtung wurde Fehlanzeige mitgeteilt. Eine Nutzung des Spielplatzes aufgrund vorhergehender Zahlen wird grundsätzlich als gegeben betrachtet und seitens planendem Büro Tietz & Partner ein den Altersgruppen entsprechender Neugestaltungsvorschlag vom 20.07.2016 erarbeitet.

Mit Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr. 15, wurde dem Vorentwurf des planenden Ingenieurbüro Tietz & Partner vom 18.01.2016 sowie den im Ortstermin am 11.06.2016 vorgebrachten Äußerungen mit der Anregung und Änderung zugestimmt, dass gemäß Planentwurf vom 18.01.2016, Plannummer A.3.01 Obstbäume mit essbarem Obst am Standort 1 gepflanzt werden sollen. Ab Herbst 2016 sind die Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus bleiben aufgrund Gutachten und der gutachterlichen Stellungnahme und Erläuterung von Frau Kunze die vorhandenen fünf Pappeln bestehen. Wie bisher sind im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht alle Bäume turnusmäßig zu überprüfen.

Das Ingenieurbüro Tietz & Partner wurde mit der weiteren Ausarbeitung auf Grundlage des vorgelegten Vorentwurfes und Anmerkungen des Umwelt- und

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Energieausschusses zur Realisierung der Neugestaltung des Schlittenberges mit Kinderspielplatz Isarau beauftragt.

Die vorläufigen Gesamtkosten wurden auf 240.000,- € brutto (40.000,- € brutto Planungskosten, 170.000,- € brutto Landschaftsbauarbeiten, 30.000,- € brutto Spielgeräte) geschätzt.

Die entsprechenden Haushaltsmittel wurden vorbehaltlich der Zustimmung durch den Gemeinderat unter den Haushaltsstellen 5800.9540 (Baukosten) 200.000,- € und 5800.9590 (Baunebenkosten) 40.000,- € für das Haushaltsjahr 2017 angemeldet.

Nachdem die nunmehr ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 240.000,- € brutto den Ermächtigungsrahmen des Umwelt- und Energieausschusses in Höhe von 50.000,- € laut Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2014-2020 übersteigen, ist eine Grundsatzentscheidung zur Maßnahme durch den Gemeinderat erforderlich.

Der Vorentwurf des planenden Ingenieurbüro Tietz & Partner vom 18.01.2016 sowie ein Umgestaltungsvorschlag für den Spielplatz Kanalstraße des Büro Tietz & Partner GmbH vom 20.07.2016 wurde dem Gremium zugestellt.

Bei dieser Gelegenheit wurden folgende Anregungen vorgetragen:

- das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl bittet in der Winterzeit an allen für das Rodeln geeigneten öffentlichen Flächen (z.B. Schlittenberg in der Isarau, Hügel am Farmgelände etc.) Strohhallen an Bäumen, Sträuchern, Steinen etc. für den Schutz der rodelnden Kinder anzubringen.
- das Gemeinderatsmitglied Herr Ebert bittet, den Umgriff hinsichtlich der Bodenauffüllung im Sinne des Pkt. (6) auf den Bereich des Treppenaufganges zur Bergstraße zu erweitern.

Der Vorsitzende nimmt die Anregungen zur Kenntnis und wird diese verwaltungsintern weitergeben und umsetzen bzw. prüfen lassen.

Beschluss: 19 : 0

Das Gremium nimmt den Beschluss des Umwelt und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr. 15, zur Kenntnis und stimmt dem Vorentwurf für den Bereich Schlittenberg des planenden Ingenieurbüro Tietz & Partner vom 18.01.2016 sowie dem Umgestaltungsvorschlag für den Spielplatz Kanalstraße vom 20.07.2016 mit folgenden Maßgaben zu:

(1) Pflanzung von Obstbäumen mit essbarem Obst auf der Wiese südlich des Schlittenberges.

(2) Am südlichen Waldrand des Schlittenberges Herausnahme des 3 bis 5 m breiten Hochstaudensaumes einschließlich der Jungfichten. Gehölze teils roden, teils schreddern. Das Material bleibt teilweise vor Ort. Bei Einzelbäumen das Astwerk zurücknehmen bzw. aufasten. Anschließend ca.

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

50 cm Bodenauftrag und Pflanzung standortgerechter Strauch- und Waldrandgehölze. Regelmäßige Springkrautbekämpfung.

(3) An der Kuppe des Schlittenberges Freilegen eines 3 – 4 m breiten Saumes und Entnahme der Fichten. Bodenausgleich +/- 60 cm; das Marterl freilegen und erneut setzen; Pflanzung einer Rotbuche mit einer halbrunden Sitzbank (Aussicht und Ablagemöglichkeit für die Schlittenfahrer). An der Steilkante am Waldrand Bodenauftrag und Pflanzung eines 2 m breiten Saumes mit schattenverträglichen Gehölzen wie z.B. Liguster, Eibe und Buche. An der Steilkante zur Absicherung einen Zaun anbringen.

(4) Am Gehölzsaum des nördlichen Hangfußes Haselnusssträucher auf Stock setzen und einen 2 – 3 m breiten Hochstaudensaum mit Gehölzen roden, schreddern und teilweise entsorgen. Bodenauftrag bis zu ca. 50 cm und Pflanzung standortgerechter Strauchgehölze; 5-jährige Entwicklungspflege. Entfernung der kranken Fichte am Straßenrand.

(5) Am Fußweg zum Containerplatz Entwicklungspflege der auenartigen Gehölzsukzession; Entnahme der aufgeforsteten Nadelgehölze und Jungbäume und Förderung der Auenvegetation; 5-jährige Entwicklungspflege.

(6) Am Baumpark südöstlich der Kanalstraße die Rasengittersteine belassen; im Anschluss an diese Randzone auf einer Breite von ca. 2 m 20 cm Oberboden auftragen und mit Waldstauden und Gräsern bepflanzen. Die freiliegenden Baumwurzeln mit 15 – 20 cm Roh- bzw. Oberboden überdecken; Planie per Handarbeit und Einsaat mit Waldwiesensaat; 5-jährige Entwicklungspflege.

(7) Der öffentliche Spielplatz im Baumpark ist gemäß Umgestaltungsvorschlag (im Umgriff der jetzigen Fläche) des Büro Tietz & Partner GmbH vom 20.07.2016 neu zu gestalten.

(8) Darüber hinaus bleiben aufgrund Gutachten und der gutachterlichen Stellungnahme und Erläuterung von Frau Kunze die vorhandenen fünf Pappeln bestehen. Wie bisher sind im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht alle Bäume turnusmäßig zu überprüfen.

Die Ausgaben sind unter den Haushaltsstellen 5800.9540 (Baukosten) 200.000,- € und 5800.9590 (Baunebenkosten) 40.000,- € für das Haushaltsjahr 2017 einzustellen.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Fister hat bei diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

AZ 6317
Bauamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

506

20

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Anbindung der Isarau an das ÖPNV-Netz, Kostenschätzung

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 30.07.2015, Nr. 255, 21.01.2016, Nr. 331, 22.09.2016, Nr. 449 und vom 13.10.2016, Nr. 474.

Der Gemeinderat sprach sich grundsätzlich für einen Erprobungszeitraum von zwei Jahren für den Einsatz eines Sprinters mit Benzinantrieb außerhalb des MVV-Systems aus. Die Verwaltung wurde beauftragt eine Kostenschätzung für den zweijährigen Erprobungszeitraum zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

Durch den MVV wurde aufgrund deren Erfahrungen mit E-Mails vom 23.08.2016, 27.10.2016 und 09.12.2016, folgende Kostenschätzung mitgeteilt: Ausgehend von der im Beschluss des Gemeinderates vom 22.09.2016, Nr. 449, gefassten Linienführung im Einlinienverkehr entgegen dem Uhrzeigersinn mit Bedienung der Haltestellen von Montag – Samstag, 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr:

- S-Bahnhof
- Ecke Isaraustraße/Bergstraße (neue Haltestelle)
- Kanalstraße, Höhe Schlittenberg, Richtung Süd (neue Haltestelle)
- Kanalstraße, Höhe Brücke Kanal, Richtung Süd (neue Haltestelle)
- Rathaus, vor Bürgerhaus, Richtung Süd
- Hofäckerallee, Richtung Ost
- S-Bahnhof

wurde eine Berechnung für einen 60 Minuten-Takt und einen 30 Minuten-Takt vorgenommen. Als Beispiel wurde ein Fahrplan erstellt, der bei den Abfahrtszeiten des „Isarau-Busses“ keine Behinderungen der Linie 232 am S-Bahnhof darstellt. Beim 30 Minuten-Takt ist ein Anschluss von/zur S-Bahn (20 Minuten-Takt) nicht bei jeder Fahrt gewährleistet. Der Vorsitzende gibt den Entwurf des Fahrplanes (Beispiel) bekannt.

Als Fahrzeug wurde ein linientauglicher Kleinbus unterstellt (niederflurig, Rollstuhlstellplatz, ca. 20 Plätze gesamt, davon ca. 10 Sitzplätze). Die anfallenden Kosten für die Gesamtleistung (incl. Abschreibung Fahrzeug, Betriebskosten, sonstige Fixkosten, den variablen Kosten und den Personalkosten) beträgt für einen zweijährigen Erprobungszeitraum

im 60 Minuten-Takt: ca. 280.000 € - 300.000 € brutto

im 30 Minuten-Takt: ca. 325.000 € - 360.000 € brutto.

Vom MVV wird weiterhin mitgeteilt, dass ein Sprinter als Kombi nicht linientauglich ist. Außerdem gibt es nur eine Variante des Sprinters mit Benzinmotor. Bei Dieselmotoren gibt es eine größere Auswahl. Ein von den MVV empfohlener linientauglicher Sprinter (Diesel) wäre z.B. der City 45 RL (Mercedes) als kleinster Bus mit 10 Sitzplätzen, 12 Stehplätzen, Rollstuhlplatz (evtl. dann weniger Stehplätze). Außerdem bauen noch andere Hersteller linientaugliche Kleinbusse, z.B. Integralia als Partner von Mercedes Benz oder Fiat). Auch hier sind Dieselmotoren Standard.

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Durch die jeweiligen Standzeiten des „Isarau-Busses“, beim 60 Minuten-Takt von 40 Minuten und beim 30 Minuten-Takt von 10 Minuten, wird die Linie 232 behindert. Aus diesem Grund sollte für die Standzeiten des „Isarau-Busses“ ein anderer Standort als die vorhandene MVV-Bushaltestelle am S-Bahnhof gewählt werden. Da die Abbrucharbeiten für den Neubau der VHS/MS im Frühjahr 2017 beginnen und dafür Flächen am S-Bahnhof für die Baustelleneinrichtung vorgehalten werden müssen, kann momentan kein geeigneter Standort unmittelbar am S-Bahnhof bereitgestellt werden. Seitens der Verwaltung wird ein Standort für die Standzeit im Nahbereich des S-Bahnhofes (z.B. an der Bahnhofstraße) geprüft.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass noch eine Gebührenstruktur (u.a. Höhe des Fahrpreises, Gültigkeit des Fahrtickets) festgelegt werden muss. Hierzu werden noch Vorschläge erarbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt.

Für den zweijährigen Zeitraum (Beginn ca. September 2017 bis 2019) sind noch entsprechende Haushaltsmittel einzuplanen.

Beschluss: 12 : 8

Der Gemeinderat spricht sich für einen linientauglichen Kleinbus (z.B. Mercedes-Diesel), niederflurig, Rollstuhlstellplatz, ca. 20 Plätze gesamt, davon ca. 10 Sitzplätze, entsprechend dem Vorschlag des MVV vom 23.08.2016, 27.10.2016 und 09.12.2016 aus.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 22.09.2016, Nr. 449, wird dahingehend geändert, dass statt des Sprinters mit Benzinantrieb ein linientauglicher Kleinbus mit Dieselantrieb zum Einsatz kommt.

Weiterhin wird sich innerhalb des zweijährigen Erprobungszeitraums für eine Taktung im 60 Minuten-Takt, mit Bedienung der Haltestellen von Montag – Samstag von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr, mit Kosten von ca. 280.000,00 € - 300.000,00 € brutto ausgesprochen.

Die Kosten beinhalten für den zweijährigen Erprobungszeitraum die Gesamtleistung, incl. Abschreibung Fahrzeug, Betriebskosten, sonstige Fixkosten, variable Kosten und Personalkosten.

Die Verwaltung wird beauftragt eine entsprechende öffentliche Ausschreibung für einen Fahrdienst/Dienstleister in die Wege zu leiten.

Dem Gemeinderat ist ein Vorschlag des Standorts im Nahbereich des S-Bahnhofes für den „Isarau-Bus“ bzgl. der Standzeiten (40 Minuten) vorzulegen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 300.000,00 € brutto sind für den zweijährigen Zeitraum (Beginn ca. September 2017 bis 2019) einzuplanen.

AZ 851
Bauamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

507

20

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) **Einsatz von Elektrobusen, Ortsbuslinie Linie E-232;** **Sachstandsbericht**

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 21.01.2016, Nr. 331, vom 12.05.2016, Nr. 399, vom 22.09.2016, Nr. 450 und vom 13.10.2016, Nr. 474.

Der Projektsteuerer, die VCDB VerkehrsConsult Dresden-Berlin GmbH, legte die ersten Zwischenergebnisse in Bezug auf die Standorte der Ladeinfrastruktur und das Betreibermodell Batteriebusse vor. In Abstimmung mit Vertretern des MVV, LRA und der Gemeinde Unterföhring wurden folgende Festlegungen getroffen:

Als Ladestelle für den Elektrobus wurde ein Wagentausch mit Übernachtladung im Betriebshof beim Verkehrsunternehmen festgelegt. Die Zwischenladung soll in der Nähe des künftigen Gymnasiums/Sportparks an der Mitterfeldallee vorgesehen werden. Hierzu wird ein Flächenbedarf für einen Bus von 15 m x 4,5 m = 68 m² sowie eine erforderliche Anschlussleistung von 150 kW benötigt. Bis dies baulich umgesetzt werden kann muss eine Zwischenlösung, z.B. in der Mitterfeldallee oder Hofäckerallee, erfolgen.

Die Errichtung und Inbetriebnahme der Ladestation wird durch die Gemeinde Unterföhring beauftragt, wobei die Eigentümerschaft über den gesamten Nutzungszeitraum der Ladeinfrastruktur bei der Gemeinde verbleibt.

Als Eigentümerin der Ladeinfrastruktur behält die Gemeinde über dieses Projekt hinaus einen hohen Gestaltungsspielraum bei der Integration des Elektrobusystems in Unterföhring.

Für das Betreibermodell Batteriebusse wurde festgelegt, dass die Busse durch das Verkehrsunternehmen, das den Zuschlag für die Bedienung der MVV-Regionalbuslinie 232 erhält, beschafft und betrieben werden. Mit dem MVV werden Kilometerpauschalen vereinbart, die es dem Verkehrsunternehmen u.a. gestatten, die Investitionskosten bis zur nächsten Ausschreibung über 10 Jahre abzuschreiben.

Als nächster Schritt wird die Ausschreibung der Infrastruktur ab März 2017 begonnen und sollte im Juli 2017 (vier Monate) abgeschlossen sein. Weiterhin sind durch VCDB Fördermöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene aufzuzeigen.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 851
Bauamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

508 20 **Sportpark Unterföhring; Änderung des Bekanntmachungstextes im EU-Amtsblatt**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. 490, mit welchem das Gremium dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Bündnis90/DIE GRÜNEN und PWU vom 23.11.2016, dass im künftigen Sportpark an der Mitterfeldallee ein öffentliches Hallenbad realisiert werden soll, zugestimmt hat. Dabei soll ein wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken (Sportbecken) mit sechs Bahnen, ein Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe, ein Nichtschwimmerbecken, eine Wasserrutsche, ein Saunabereich (somit kann die geplante Vereinssauna im Sportpark entfallen) sowie die entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.) als Grundlage für das zu realisierende Hallenbad mitberücksichtigt werden.

Weiter wird der Beschluss des Gemeinderates aus der Sitzung am 28.09.2016, Nr. 458, in Erinnerung gebracht, mit welchem das Gremium dem vorgelegten EU-weiten Bekanntmachungstext, Stand 23.09.2016, für den Neubau des Sportparks Unterföhring mit der Ergänzung zugestimmt hat, dass im vorgelegten Bekanntmachungstext ein Lehrschwimmbecken auf dem Grundstück einzuplanen ist. Das auf dem Schulcampus geplante Lehrschwimmbecken entfällt damit. Der geänderte Bekanntmachungstext wurde am 12.10.2016 veröffentlicht.

Auf Grund der Änderung, dass anstatt ein Lehrschwimmbecken künftig ein öffentliches Hallenbad im Sportpark realisiert werden soll, ist dies im EU-Bekanntmachungstext aus vergaberechtlichen Belangen (Änderung der Rahmenbedingungen) heraus zu ändern und auch bei der Aufgabenstellung zu berücksichtigen. Somit ist der bisherige Bekanntmachungstext aufzuheben und erneut (mit der Aufnahme eines öffentlichen Hallenbades) EU-Amtsblatt bekannt zu geben.

Der Erste Bürgermeister weist darauf hin, dass derzeit das Raumprogramm für das Hallenbad vorbereitet wird und dem Gemeinderat in seiner Sitzung am 09.02.2017 vorgelegt wird. Anschließend ist der Auslobungstext (2. Verfahrensstufe) entsprechend auszuarbeiten.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt den Bekanntmachungstext zur Errichtung eines Sportparks in Unterföhring im EU-Amtsblatt, Stand 23.09.2016, veröffentlicht am 12.10.2016, aufzuheben.

Die Bekanntmachung ist unter Abschnitt II.2.4) Beschreibung der Beschaffung wie folgt zu ändern:

- Angabe „Lehrschwimmbecken“ entfällt
- Änderung in „öffentliches Hallenbad“ mit folgenden Eckpunkten:
 - wettkampftaugliches Lehrschwimmbecken (Sportbecken) mit sechs Bahnen
 - Sprungturm mit 3 Meter Höhe mit der erforderlichen Beckentiefe
 - Nichtschwimmerbecken

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Wasserrutsche
- Saunabereich (geplante Vereinssauna im Sportpark entfällt)
- entsprechenden Nebenflächen (Umkleiden, Duschen, Toiletten etc.),

unter Abschnitt II. 2.4 Laufzeit des Vertrages, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems ist der Beginn 24.07.2017 sowie unter Abschnitt IV.2.2 ist der Schlusstermin für die Einreichung der Angebote oder Teilnahmeanträge auf den Tag: 28.02.2017 festzusetzen.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 28.09.2016, Nr. 458, wird dahingehend aufgehoben.
Der geänderte Bekanntmachungstext ist ab 13.01.2017 erneut im EU-Amtsblatt zu veröffentlichen.

AZ 611
Bauamt

509 20 **S-Bahnhof Unterföhring; aktueller Sachstand zum Bau von Rolltreppen und Aufzügen im nördlichen und südlichen Abgang**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 20.06.2013, Nr. 990, sowie den Gemeinderatsbeschluss vom 12.03.2014, Nr. 1054, in Erinnerung, sowie die Bekanntmachung im Gemeinderat vom 10.12.2015, vom 09.06.2016 und 13.10.2016 zu dieser Thematik in Erinnerung.

Das Ingenieurbüro Kersken + Kirchner wurde mit der Fortschreibung des Brandschutzgutachtens beauftragt. Nach Rücksprache mit dem Projektsteuerer, EDR GmbH, liegt der Brandschutzbericht von dem Ingenieurbüro Kersken + Kirchner unabgestimmt vor. Nach einer ersten Prüfung sind Teile in diesem Bericht noch zu ergänzen.

Im anschließenden Abstimmungsgespräch am 24.10.2016 mit den Vertretern des Ingenieurbüros Kersken + Kirchner, EDR GmbH und der Gemeinde Unterföhring, wurde der am 19.10.2016 Vorbericht zum Brandschutzkonzept final besprochen und am 23.11.2016 durch das Ingenieurbüro Kersken+Kirchner, Herrn Mödl, vorgelegt.

Derzeit wird durch den Projektsteuerer, EDR GmbH, versucht, einen Abstimmungstermin mit den Vertretern der DB Station & Service zu organisieren, um das Ergebnis des Brandschutzberichtes vorzustellen und ein mögliches weiteres Vorgehen nach der Machbarkeitsstudie mit der DB anzustimmen.

Im Anschluss muss mit der DB Station & Service eine Planungsvereinbarung geschlossen werden, die dann auch die konkrete Abstimmung mit dem EBA betrifft.

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Diese Planungsvereinbarung ist notwendig, da Anträge an das EBA formal nur von Eisenbahninfrastrukturunternehmen gestellt werden können.

Grundsätzlich ist seitens der Verwaltung anzuführen, dass die Umsetzung einer Fahrbahntreppe im Nordportal aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sowohl technisch als auch bauordnungsrechtlich keine größeren Zwangspunkte beinhaltet. Auch die Fahrbahntreppe im Südportal ist technisch als auch bauordnungsrechtlich umsetzbar. Allerdings ist aufgrund der örtlichen Gegebenheiten am Südportal (hier verschmälert sich der Bahnsteig erheblich) der Eingriff in den Bahnsteig und den damit verbundenen baulichen Maßnahmen erheblich. Im Südportal wird deshalb seitens der Verwaltung parallel mit einer Aufzugsanlage geplant.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 621
Bauamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

510 20 **Bekanntgaben / Anfragen**

Bekanntgaben

Bauantrag des Vereins für Volkswohnungen eG zum Umbau des ehemaligen Tengelmännmarktes zu einem Penny-Markt mit Werbeanlagen an der Ahornstraße 5 und 7

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Verein für Volkswohnungen eG einen Bauantrag zum Umbau des ehemaligen Tengelmänn zu einem Penny-Markt mit Werbeanlagen an der Ahornstraße 5 und 7 am 21.12.2016 gestellt hat.

Auf Grund des Zeitdrucks wurde der Bauantrag dem Landratsamt München im Büroweg zur Genehmigung weitergeleitet, da technische Änderungen und Verbesserungen beantragt sind und der Bauantrag dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss noch formell bekannt gegeben wird.

AZ 6100
Bauamt

Bekanntgaben

Sachstand Wegzug Commerzbank

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Commerzbank ihre Filiale in der Bahnhofstraße voraussichtlich dauerhaft schließt.

Trotz eines Informationsgesprächs im Rathaus, in dem über das bestehende Angebot des Vermieters gesprochen wurde, die Filiale am bisherigen Standort fortzuführen, hat sich die Konzernleitung scheinbar zu diesem Schritt entschlossen.

Ob in Unterföhring zumindest -wie von der Gemeinde angeboten- im Bahnhofsgebäude ein eigener Geldautomat aufgestellt wird, wurde bisher seitens der Commerzbank bisher nicht mitgeteilt, eine Antwort auf dieses Angebot blieb bisher aus.

AZ 832
Hauptamt

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgaben

Sachstand zur Traglufthalle an der Mitterfeldallee

Die Traglufthalle an der Mitterfeldallee ist zwar bereits seit einigen Wochen nicht mehr bewohnt, ein Abbau fand bisher jedoch nicht statt.

Das Landratsamt München teilte hierzu auf Anfrage mit, dass sich der Abbau der Traglufthalle derzeit in der Abwicklung befinde. Ein genaues Datum, bis wann der Abbau abgeschlossen sein wird, steht noch nicht fest.

AZ 463
Hauptamt

Bekanntgaben

Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße; Anbindung über den MIK (Mittlerer Isar-Kanal); Sachstandsbericht

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 22.09.2016, Nr. 444, mit welchem sich das Gremium für die Realisierung (Neubau) einer Fuß- und Radwegbrücke westlich der S-Bahnbrücke (S-8) über den Mittleren Isarkanal (MIK) aussprach. Die entstehenden Kosten (Baukosten, Planungskosten Unterhalts bzw. Unterhaltsablässe etc.) werden durch die Gemeinde getragen.

Weiter informiert er, dass aktuell Angebotsanfragen an Ingenieurbüros verschickt werden, Einsendeschluss ist der 25.01.2017. Weitere Infos werden in der kommenden Sitzung des Bauausschusses am 31.01.2017 bzw. in der Februar-Sitzung des Gemeinderates bekanntgegeben.

AZ 633
Bauamt

Bekanntgaben

Ausstellung Architektenentwürfe zum Neubau Schulcampus im Rathaus

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. 493, mit welchem sich das Gremium der Empfehlung des Preisgerichtes vom 24.11.2016 anschloss und für die Realisierung des Schulcampus Unterföhring (Gymnasium mit 2.Grundschule und Tiefgarage) das Architekturbüro Felix + Jonas Architekten GmbH, München, beauftragte.

Seit 12.01.2017 bis einschließlich 08.02.2017 werden der Siegerentwurf samt Modell, sowie alle anderen eingereichten Architektenentwürfe zum

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Schulcampus im Rathaus, EG und 1.OG , ausgestellt. Der Hinweis zur Ausstellung wird auch in der aktuellen Ausgabe des Gemeindeblattes, sowie auf der Gemeindehomepage veröffentlicht.

AZ 62
Bauamt

Bekanntgaben

Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG); Sachstandsbericht

Der Bürgermeister gibt das Schreiben des Finanzamtes München vom 15.12.2016 zur „Erklärung auf weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG“ bekannt. Der Eingang der Optionserklärung wurde durch das Finanzamt bestätigt und zu den Akten genommen.

AZ 9
Finanzen

Anfragen

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Fister erkundigt sich nach der Nutzbarkeit der Kindertageseinrichtung an der Tulpenstraße für Tagesmütter. Der Hauptamtsleiter Herr Kipp berichtet, dass die Einrichtung derzeit noch für die schulische Nachmittagsbetreuung vorgesehen ist. Nach Inbetriebnahme der Interimslösung an der Straßäckerallee und dem damit verbundenem Umzug (Ende 2017) steht das Objekt an der Tulpenstraße für die Tagespflege-Nutzung zur Verfügung.
- Das Gemeinderatsmitglied Herr Zehetmair berichtet von einem Zeitungsartikel in der Süddeutschen Zeitung vom 10.01.2017 hinsichtlich der Nordost-Verbindung. Hier bittet Herr Zehetmair das seit 2006 ruhende Projekt nach wie vor zu beobachten. Als Trasse für die Nordost-Verbindung wurde u.a. der aufgelassene Bahndamm zwischen Feldkirchen und Unterföhring ins Auge gefasst.

Der Vorsitzende dankt für diesen Hinweis und sichert in diesem Zusammenhang zu, dieses Vorhaben im Interesse von Unterföhring nach wie vor zu verfolgen.

36. Sitzung des Gemeinderates vom 12.01.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, beendet der Vorsitzende die heutige öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 22:05 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

Im Anschluss wird die nichtöffentliche Sitzung fortgeführt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer